

## AKTUELL

## REGIERUNGSKLAUSUR

# Die Zeit schwindet

Richard Graf

**In wenigen Monaten ist Halbzeit der aktuellen Legislaturperiode. Doch in Sachen Steuerreform gibt es immer noch nichts Konkretes zu berichten.**

Knapp 27 Minuten dauerte das Briefing des Premierministers im Anschluss an die Regierungsklausur vom Dienstag und Mittwoch. Dass es so kurz ausfiel, lag nicht etwa daran, dass die Regierung keine Ideen mehr hätte; der Grund war eher, dass Xavier Bettel nur sehr wenig Konkretes zu den noch nicht umgesetzten Punkten des Regierungsprogramms sagen wollte.

Zur Verfassungsreform: Das Referendum hierzu soll „Anfang 2018“ stattfinden, woraus folgt, dass die Koalition innerhalb der nächsten 18 Monate mit der CSV handelseinig werden muss, um das erste Votum mit zwei Drittel Mehrheit in der Chamber durchzubekommen. Erst dann ist der Weg frei für ein Referendum. Die zuständige Kommission habe deshalb, so Bettel, den Rhythmus ihrer Sitzungen auf zwei pro Woche erhöht.

Eine weitere Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan wäre tatsächlich fatal und würde es der CSV erlauben, sich ihre Zustimmung teuer bezahlen zu lassen - wenn sie nicht ohnehin alles daransetzt, dass das Referendum in die nächste Legislatur verschoben wird ... und damit wieder in ihre Verantwortung fällt. Am Montag, beim Pressefrühstück, zu dem die CSV geladen hat, sind hierzu wohl einige Aufschlüsse zu erwarten.

## 24. April

Noch knapper wird die Zeit bei der anderen großen Baustelle der Dreierkoalition, der Steuerreform. „Der Finanzminister hat das Mandat bekommen, verschiedene Modelle durchzurechnen“, teilte Bettel mit. Welche Modelle oder gar Details, dazu wollte er freilich nichts sagen. Nur auf eine terminliche Zusage ließ er sich ein: spätestens zum Datum der Erklärung zur Lage der Nation werde die Regierung ihre Vorschläge unterbreiten. Genannt wurde der 24. April - wobei Kabinettschef Paul Konsbruck diese Angabe auf wahrscheinlich Ende April korrigierte. Schließlich ist es die Chamber, die die Termine festlegt, und das Einmaleins der Gewaltentrennung will man, nach dem Gerangel zum Jahresende, fortan doch respektieren.

Damit wird aber auch klar, dass für die eigentliche legislative Arbeit

wenig Zeit bleibt, denn spätestens zum Votum des Budgets 2017 im Dezember dieses Jahres müssen alle Details von allen Instanzen geprüft worden sein. Die besondere Rolle, die die Opposition bei der Ausarbeitung dieser Jahrhundertreform eigentlich wahrnehmen sollte, scheint dann doch auf das klassische Verfahren in der Parlamentskommission zu schrumpfen.

Aber auch die versprochene Einbeziehung der Sozialpartner läuft Gefahr, zu kurz zu kommen, wodurch auch andere gesetzliche Vorhaben in Gefahr geraten. Die Zustimmung zur Arbeitszeitreform oder der Reform des Erziehungsurlaubs wird von beiden Seiten mehr oder weniger offen davon abhängig gemacht, wie weit Steuererleichterungen denn das eine oder andere Zugeständnis abfedern helfen. Zwar will die Regierung hier eine Einigung forcieren, indem sie die Einberufung einer neuen Tripartite von dieser abhängig macht. Doch ohne konkrete Angaben zur Steuerreform dürften die Sozialpartner genügend Unstimmigkeiten bei sich feststellen, um die Entscheidungen doch noch hinauszuzögern.

Das Ganze erinnert sehr an die handwerklichen Fehler, die bei der Reform der Familienzulagen gemacht wurden: Fragwürdige staatliche Zuwendungen sind zwar geschwind gekürzt oder gar abgeschafft worden, doch das versprochene Gegenstück - die flächendeckende, kostenlose Betreuung der Klein(st)kinder - lässt auf sich warten. Immerhin: Jugend- und Erziehungsminister Claude Meisch will in den nächsten Tagen mit konkreten „Pilotprojekten“ an die Öffentlichkeit gehen.

Wenn auch die Zeit drängt, so scheinen doch zumindest die Wirtschaftsdaten einen gewissen Optimismus zu rechtfertigen: Mit einem Wachstum von 5,4 Prozent für das dritte Trimester 2015 im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum, wie der Statec jüngst nachgerechnet hat, und einer nach wie vor fast inexistenten Inflation lösen sich manche Probleme fast von selbst. Bettel nahm die jüngsten Zahlen zum Anlass, die CSV und ihre Behauptung, dass Werte über zwei bis drei Prozent unerreichbar seien, mit Spott zu überziehen. Als ob es niemals einen Konsens gegeben habe, dass ein zu hohes Wachstum eigentlich auch nicht wünschenswert sei, weshalb im Koalitionsabkommen gleich mehrfach ein Richtwert von zwei Prozent genannt worden war.

## SHORT NEWS

## Établissements publics : des comptes à rendre

(lc) - Ce lundi, la Cour des comptes a publié son « Rapport spécial 2015 : Établissements publics ». Et si, comme l'a souligné la présidente de la commission du contrôle du budget, la conservatrice Diane Adehm, la situation s'est généralement améliorée, il reste encore du pain sur la planche. Car pas moins de 13 établissements sur les 16 analysés à la loupe ont présenté des défauts. Parmi ceux-ci, le Centre virtuel sur la connaissance de l'Europe - qui va d'ailleurs être le premier à disparaître pour se fondre dans l'Institut d'histoire du temps présent, attaché à l'université de Belval - mais aussi le « Fonds de lutte contre certaines formes de la criminalité », qui s'occupe au niveau international et national de la délinquance liée au trafic de drogue et qui aurait amassé pas moins de 24 millions d'euros en fonds propres. Sont épinglées également la radio publique 100,7, la Rockhal, ou encore la Philharmonie. Outre les abus de jetons distribués aux conseils d'administration, ce sont avant tout des affaires de marchés publics non conformes qui ont irrité les contrôleurs. D'ailleurs, les trois établissements exemplaires sont : le Focuna, le Cept et l'ancien Ceps/Instead (aujourd'hui Liser).

## Grüne Dienstwagen für alle?

(lm) - Man dürfe die Besteuerung der Dienstwagen nicht erhöhen, sagte Ernest Pirsch, Präsident der Fegarlux, bei der Vorstellung des Autofestivals. Das bedrohe die Verkaufszahlen der Branche und führe zu mehr Arbeitslosigkeit. Statt alle paar Jahre einen neuen Dienstwagen von der Firma zu bekommen, würden die Grenzgänger dann mit alten, also weniger ökologischen Modellen zur Arbeit kommen. Er reagierte auf eine Aussage der grünen Umweltministerin Dieschbourg, die Dienstwagenbesteuerung sei Teil der anstehenden Steuerreform. Verkehrsminister François Bausch wusste die Autohändler zu beruhigen: Es gehe darum, „umweltfreundlichere“ Autos steuerlich zu begünstigen - was wohl heißen soll, dass bei der Reform niemand zu Schaden kommen soll. Der grüne Politiker scheint vergessen zu haben, dass er selber 2013 eine Proposition de loi zur Besteuerung der Dienstwagen vorlegte, die keineswegs nur die „guten“ Autos „begünstigen“ wollte. „Für klimaschädliche Statussymbole wird die Allgemeinheit nicht mehr zahlen müssen [in Form von entgangenen Steuereinnahmen], sondern die ‚starken Schultern‘ selbst“, hieß es damals. Pirschs Argument müsste für Grüne eigentlich off topic sein. Wie die Partei bereits 2013 bei ihrer Kritik an der Sonderbehandlung für Dienstwagen feststellte, „veranlassen solche staatlichen Vorteile für Autobenutzer diese kaum zum Umsteigen auf den öffentlichen Transport“.

## Vie sauve et liberté pour Ashraf Fayad

(rg) - Cette semaine était organisée la journée de mobilisation mondiale en soutien à Ashraf Fayad, poète palestinien condamné à mort en Arabie Saoudite pour apostasie. Ce réfugié de 35 ans, qui a tout de même représenté le royaume à la Biennale de Venise en 2013, se voit reprocher d'avoir tenu des propos blasphématoires dans un café et d'avoir dans son livre « Instructions internes » publié des vers témoignant de son reniement de la foi musulmane. Des accusations qu'il conteste vigoureusement, arguant de sa liberté de poète, mais qui pèsent bien peu face à la machine judiciaire de la monarchie saoudienne. Au Luxembourg, le soutien à Ashraf Fayad a été matérialisé ce mercredi par une grande soirée de lectures poétiques à Neimënster, à l'initiative du Printemps des poètes Luxembourg et en collaboration avec la Kufa, le Comité pour une paix juste au Proche-Orient et Amnesty International. Une dizaine de poètes luxembourgeois se sont succédé au micro devant la cinquantaine de spectateurs militants, sous la houlette de Nico Helminger. Jean Portante a lu des traductions françaises de poèmes de Fayad, et le chanteur palestinien Naser Halayqa a empli de son oud la salle Edmond Dune. Partout dans le monde, des soirées similaires se sont déroulées et les organisateurs ont écrit à l'Arabie saoudite afin qu'elle revienne sur cette condamnation injuste. La poésie, c'est aussi la solidarité, puisque le sort des autres détenus saoudiens condamnés à mort ou à de lourds châtiments physiques a bien évidemment été évoqué.